

35. Sitzung des Gemeinderates am 09.12.2010

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Der Vorsitzende begrüßt die Mitglieder des Gemeinderates, stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Er begrüßt ferner die anwesenden Vertreter der Presse, die Vertreter der Verwaltung sowie sämtliche Zuhörer zur öffentlichen Sitzung und eröffnet diese.

Vom Vorsitzenden wird ausdrücklich angefragt, ob seitens des Gemeinderates Widerspruch gegen die Tagesordnung der öffentlichen Sitzung besteht. Er informiert ferner weiter, dass der Gemeinderat den Tagesordnungspunkt 4c der nichtöffentlichen Sitzung – Antrag der PWU-Fraktion für den Neubau der Volkshochschule im BAHOG-Gelände – gemäß Beschluss öffentlich behandeln wird und der Tagesordnungspunkt 5 der öffentlichen Sitzung – Antrag der Blaskapelle Unterföhring e.V. auf Erhöhung der Kosten für den Dirigenten – zurückgestellt wird.

Vor Eintritt in die Tagesordnung gratuliert der Vorsitzende noch den Mitgliedern des Gemeinderates, Herrn Ilmberger sowie Herrn Wieprecht, zum Geburtstag.

533

18

Bekanntgabe von Beschlüssen aus nichtöffentlichen Sitzungen

Von den in nichtöffentlichen Sitzungen des Gemeinderates gefassten Beschlüsse kann kein Beschluss in der heutigen öffentlichen Sitzung verlesen werden, weil die Gründe für die Geheimhaltung noch bestehen.

Grundstücksangelegenheiten:

Antrag der PWU-Fraktion für den Neubau der Volkshochschule im BAHOG-Gelände

Der Erste Bürgermeister gibt den Antrag der PWU-Fraktion vom 21.03.2010 bekannt. Der Antrag wurde den Gemeinderatsmitgliedern zugestellt.

Die PWU Fraktion beantragt, dass Planungen für einen Neubau der VHS in Unterföhring von Seiten der Verwaltung zeitnah aufgenommen werden. Das Gebäude soll auf dem jetzigen BAHOG-Gelände errichtet werden. Die hierfür notwendigen Kosten für Planung und Realisierung sind entsprechend im Haushalt einzuplanen.

Die Errichtung des VHS-Gebäudes soll auf dem Grundstück mit der Flurnummer 202 realisiert werden.

Der Erste Bürgermeister verweist auf die vom Gemeinderat bereits beschlossene (GR-Beschluss Nr. 104, vom 09.10.2008) und noch auszuarbeitende Rahmenplanung (Antrag der SPD-Fraktion vom 10.09.2008) auf Ausarbeitung eines Rahmenplanes für die Fläche südlich der Bahnhofstraße, östlich der Föhringer Allee, westlich der S-Bahn und nördlich des Firkenweges (BAHOG-Gelände).

35. Sitzung des Gemeinderates am 09.12.2010

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Begründung:

Der Rahmenplan soll aufzeigen, welche zukünftigen Möglichkeiten von Um- und Neubauten sowie Gestaltungen im öffentlichen Raum auf diesem Areal möglich und nötig sind.

Der Erste Bürgermeister schlägt vor, den Abbruch des Gebäudes auf dem Grundstück Fl.Nr. 202 bereits im Frühjahr 2011 von der Verwaltung vorzubereiten. Dies solle auch in den entsprechenden Beschluss aufgenommen werden.

534 18 Beschluss: 18 : 0

Der Gemeinderat legt fest, dass Planungen für einen Neubau der VHS in Unterföhring von Seiten der Verwaltung zeitnah aufgenommen werden. Das Gebäude soll auf dem jetzigen BAHOG-Gelände (Fl.Nr.202) errichtet werden. Die hierfür notwendigen Kosten für Planung und Realisierung sind weiterhin im Haushaltsplan und Finanzplan zu belassen.

Der Gemeinderat ist gemäß Vorschlag des Ersten Bürgermeisters einverstanden, dass ein Abbruch des vorhandenen Gebäudes auf dem Grundstück Fl.Nr. 202 bereits von der Verwaltung im Frühjahr 2011 vorzubereiten ist.

Hinweis: Herr Post war zu diesem Tagesordnungspunkt noch nicht anwesend.

Az.: 610/3
3.1; 3.4; 0.1

Realisierung eines Gymnasiums in Unterföhring; weitere Schritte und Maßnahmen

Der Erste Bürgermeister erläutert den aktuellen Sachstand zur Realisierung eines Gymnasiums in Unterföhring. Der Kreistag hat in seiner Sitzung am 26. Juli 2010 beschlossen, dass zwei Gymnasien im Münchner Nordosten (Unterföhring und Ismaning) errichtet werden sollen. Die Entscheidung darüber liegt abschließend beim Kultusministerium.

Der Bürgermeister bringt die Sach- und Beschlusslage in Erinnerung und zwar vom:

- 25.09.2008, dass das Werner-Heisenberg-Gymnasium Garching, dem auch die Gemeinde Unterföhring im Rahmen eines Zweckverbandes angehört, einen starken Sanierungsbedarf hat, so dass nun überlegt wird, anstelle einer Sanierung einen Neubau vorzunehmen und ein Antrag der SPD-Fraktion eingereicht worden ist, hinsichtlich der Aufstellung eines Schulbedarfsplanes bzw. ggf. Neubau eines Gymnasiums in Unterföhring.
- 09.10.2008, Antrag der SPD-Fraktion auf Erstellung eines Schulbedarfsplans für weiterführende Schulen (Gymnasium) für den nordöstlichen Landkreis erstellt wird sowie dass die Gemeinde Unterföhring als

35. Sitzung des Gemeinderates am 09.12.2010

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Standort für ein neues Gymnasium zur Verfügung steht.

- 13.11.2008, Beschluss des Gemeinderates, dass die Gemeinde Unterföhring auf jeden Fall als Gymnasiumsstandort bereit steht und in Sachen Grundstück als auch in Bezug auf die Fortführung des Zweckverbandes mit dann zwei Gymnasien entsprechende Verhandlungen mit dem Freistaat und dem Landratsamt sowie der anderen Zweckverbandsmitglieder aufnimmt.

Die Gemeinde Unterföhring kann ein rund 50.000 m² großes unbebautes Grundstück in nächstmöglicher Entfernung zum S-Bahnhof als Standort für ein Gymnasium zur Verfügung stellen.

Die Landeshauptstadt München hat zwischenzeitlich mitgeteilt, dass sie ein Gymnasium in Unterföhring nicht mitfinanzieren wird. Die Münchner Schüler sind unabhängig davon in die Bedarfsplanung eingebunden. Münchens Dritter Bürgermeister Hepp Monazeder hat der Gemeinde mitgeteilt, dass für die Landeshauptstadt München keine Möglichkeit besteht, sich einem Zweckverband anzuschließen. Weiter führt die Stadt München aus, dass sie in einem Gymnasium der Nachbarkommune auch keine Konkurrenz sehe und es sogar begrüßt, wenn in Unterföhring ein Gymnasium auf Grund des starken Zuzugs realisiert werden würde.

Obwohl das Ministerium vom Kreistag eine Entscheidung fordert, beantragte die CSU-Fraktion das Gegenteil: Beide Standorte sollen dem Ministerium vorge schlagen und dann der aussichtsreichste Standort weiter verfolgt werden.

Aus Sicht der Gemeinde überwiegen die Vorteile des Standortes Unterföhring für ein Gymnasium aus mehrerlei Hinsicht. Zum Einen verfügt die Gemeinde Unterföhring über ein ausreichend großes Grundstück (rund 50.000 qm) in unmittelbarer Nähe zum S-Bahnhof. Zum Anderen liegt Unterföhring im zentralen Mittelpunkt zu den Nachbargemeinden Ismaning, Aschheim und der Landeshauptstadt München und kann dadurch kurze Schulwegezeiten für die Schüler und Lehrkörper anbieten.

Die sogenannte Bedrohung des Standortes Garching ist bei Unterföhring deutlich geringer als bei Ismaning.

Eine weitere Möglichkeit besteht darin, dass die Gemeinde Unterföhring eine Zweckvereinbarung gemeinsam mit dem Landkreis München abschließt.

Der Erste Bürgermeister erläutert in den Grundzügen den Unterschied zwischen einem Zweckverband und einer Zweckvereinbarung.

Herr Post kommt um 20:18 Uhr.

535 19 Beschluss: 19 : 0

Der Gemeinderat spricht sich ausdrücklich dafür aus, dass ein Gymnasium in Unterföhring realisiert werden soll.

Die Gemeinde Unterföhring bietet an, eine Zweckvereinbarung alleine mit dem Landkreis München abzuschließen.

35. Sitzung des Gemeinderates am 09.12.2010

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Die Realisierung soll auf den Grundstücken (ca. 50.000m²) nördlich der Mitterfeldallee, südlich des Heinrich-Hildebrand-Weges und unmittelbar östlich der S-Bahnlinie (Fl.Nrn. 217 und 218) vorgenommen werden.

Der Neubau des Garchinger Gymnasiums darf sich unter keinen Umständen verzögern. Die Gemeinde Unterföhring steht auch für die notwendige Errichtung der Containerlösung für das Garchinger Gymnasium als Ausweichmöglichkeit während der Bauphase, damit keine Gefährdung des Standortes Garching auftritt.

Az.: 631

3.1; 3.4; 2.0

Anpassung der Beitrags- und Gebührensatzung zur Entwässerungssatzung (BGS-E) an die geänderte Rechtslage

Die Beitrags- und Gebührensatzung zur Entwässerungssatzung (BGS-E) vom 18.09.2009, In-Kraft-Treten vom 01.10.2009, muss auf Grund der geänderten Rechtslage angepasst werden.

Die Verwaltung schlägt daher eine geänderte Satzung gemäß der Mustersatzung des Bayerischen Staatsministeriums des Innern (Muster-BGS/EWS gemäß Urteil des Verwaltungsgerichtshofs Baden-Württemberg vom 19.03.2009, Az.: 2 S 2650/08) zum 01.10.2010 vor.

536 19 Beschluss: 19 : 0

Der Gemeinderat beschließt die Satzung zur Änderung der Satzung der Beitrags- und Gebührensatzung zur Entwässerungssatzung (BGS-E) im Entwurf vom 09.12.2010. Die Änderung tritt zum 01.10.2010 in Kraft.

Der Entwurf der Änderungssatzung vom 09.12.2010 wird zum Bestandteil des Protokolls erklärt.

- siehe Beilage -

Az.: 930

0.1; 2.1; 2.13

35. Sitzung des Gemeinderates am 09.12.2010

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 72a/10, für ein Bürogebäude und einen Kunstspeicher an der Neubruchstraße zur Änderung des Bebauungsplanes Nr. 72/03 im Baubereich C; Aufstellungsbeschluss

Bezug nehmend auf den rechtskräftigen Bebauungsplan Nr. 72/03, südlich der Neubruchstraße, erläutert der Bürgermeister den derzeitigen Baufortschritt und teilt mit, dass der Bebauungsplan im östlichen Baubereich noch nicht vollständig realisiert wurde.

Das gesamte Gebiet ist im rechtskräftigen Flächennutzungsplan als Mischgebiet (MI) ausgewiesen. Da bisher nur Wohnbebauung realisiert wurde, sind im östlichen Bereich nur noch gewerbliche Nutzungen zulässig, um den Gebietscharakter MI einzuhalten.

Vom Antragsteller wird daher die Realisierung von einem Bürogebäude und einem Kunstspeicher geplant.

Nach Rücksprache mit dem Landratsamt München ist hierzu eine Änderung des rechtskräftigen Bebauungsplans Nr. 72/03, südlich der Neubruchstraße, notwendig. Es wird empfohlen, einen vorhabenbezogenen Bebauungsplan aufzustellen und einen städtebaulichen Vertrag (§§ 11 und 12 BauGB) abzuschließen.

Der Bürgermeister gibt den Antrag der Bayerischen Hausbau Projektentwicklung GmbH, München, vom 18.11.2010, zur Aufstellung eines vorhabenbezogenen Bebauungsplans bekannt. Die Planunterlagen des Architekturbüros DMP, München, vom 01.11.2010, die auszugsweise den Bauausschussmitgliedern zugestellt und in der Bauausschusssitzung am 30.11.2010 ausführlich erläutert wurden, werden zur Einsichtnahme vorgelegt. Der vorhabenbezogene Bauungsplanentwurf Nr. 72a/10 für ein Bürogebäude und einen Kunstspeicher an der Neubruchstraße zur Änderung des Bebauungsplanes Nr. 72/03 im Baubereich C des Architekturbüros Goergens & Miklautz, München, vom 15.11.2010 wird ebenfalls zur Einsichtnahme vorgelegt und erläutert.

Darüber hinaus wird das vorgelegte Gebäudekonzept (Gestaltung und Struktur der Gebäude) für den Kunstspeicher und das Bürogebäude des Architekturbüros DMP, München, sowie die Betriebsbeschreibung zum Vorhaben erörtert. Folgende wesentliche Änderungen beinhaltet der vorhabenbezogene Bebauungsplan:

- **Bauraumverschiebung**
Unter Einhaltung der bisherigen GRZ wird der Bauraum C Ost von C Mitte abgerückt und ein entsprechender Grünzug mit großzügiger Begrünung angelegt.
- **Zurückversetzte Geschosshöhe**
Anstatt von vier Vollgeschosse sollen in Teilbereichen fünf Vollgeschosse festgesetzt werden.
- **Geringfügige Geschossflächenerhöhung**
Der rechtskräftige Bebauungsplan setzt im gesamten Baubereich C eine Geschossfläche von 31.000m² fest. Hiervon sind 16.796m² realisiert, es

35. Sitzung des Gemeinderates am 09.12.2010

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

verbleiben 14.204m², das beantragte Vorhaben beansprucht 14.623m². Somit errechnet sich eine Geschossflächenerhöhung von ca. 1,4 % (419m²).

- Öffentliche Ballspielwiese
Im südlichen Bereich des Baufelds C Ost ist eine öffentliche Ballspielwiese mit 630 m² geplant.
- Optimierung des öffentlichen Wendehammers
Das Erschließungskonzept folgt dem Grundgedanken des rechtskräftigen Bebauungsplans. Lediglich im Osten ist der Wendehammer mit einem Durchmesser von ca. 26m optimiert worden, um die notwendigen Wenderadien für die Zufahrten zum Kunstspeicher zu ermöglichen. Die ursprüngliche Größe des Wendehammers mit einem Durchmesser von ca. 23m hatte eine solche Zufahrt nicht im Konzept.

Hierzu liegen der Gemeinde ein ergänzendes Verkehrsgutachten des Ingenieurbüros Harbauer, Baldham, vom 27.10.2010 sowie eine ergänzende schalltechnische Untersuchung der Accon GmbH, Greifenberg, vom 22.10.2010 vor und werden zur Kenntnis gebracht.

Weiter erläutert der Bürgermeister, dass zum Schutz der nächstgelegenen Wohnbebauung die Nutzung der Bolzwiese auf die Zeiträume werktags von 08:00 Uhr bis 20:00 Uhr sowie sonn- und feiertags von 09:00 Uhr bis 13:00 Uhr und von 15:00 Uhr bis 20:00 Uhr beschränkt werden soll. Anderenfalls wäre mit Überschreitungen des Richtwerts für die Ruhezeiten von 3dB zu rechnen. Eine planerische Optimierung (Verschiebung der Bolzwiese soweit wie möglich nach Osten) wurde vorgenommen.

537 19 Beschluss: 19 : 0

Dem Antrag der Bayerischen Hausbau Projektentwicklung GmbH, München, zur Aufstellung eines vorhabenbezogenen Bauungsplans Nr. 72a/10, für ein Bürogebäude und einen Kunstspeicher an der Neubruchstraße zur Änderung des Bebauungsplanes Nr. 72/03 im Baubereich C, vom 18.11.2010 wird mit folgenden wesentlichen Inhalten zugestimmt:

- Bauraumverschiebung
Unter Einhaltung der bisherigen GRZ wird der Bauraum C Ost von C Mitte abgerückt und ein entsprechender Grünzug mit großzügiger Begrünung angelegt.
- Zurückversetzte Geschosshöhe
Anstatt von vier Vollgeschosse sollen in Teilbereichen fünf Vollgeschosse festgesetzt werden.
- Geringfügige Geschossflächenerhöhung
Der rechtskräftige Bebauungsplan setzt im gesamten Baubereich C eine Geschossfläche von 31.000m² fest. Hiervon sind 16.796m² realisiert, es verbleiben 14.204m², das beantragte Vorhaben beansprucht 14.623m². Somit errechnet sich eine Geschossflächenerhöhung von ca. 1,4 % (419m²).
- Öffentliche Ballspielwiese
Im südlichen Bereich des Baufelds C Ost wird eine öffentliche Ballspielwiese

35. Sitzung des Gemeinderates am 09.12.2010

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

se mit 630 m² festgesetzt.

- Optimierung des öffentlichen Wendehammers
Das Erschließungskonzept folgt dem Grundgedanken des rechtskräftigen Bebauungsplans. Lediglich im Osten ist der Wendehammer mit einem Durchmesser von ca. 26m optimiert worden, um die notwendigen Wendearien für die Zufahrten zum Kunstspeicher zu ermöglichen. Die ursprüngliche Größe des Wendehammers mit einem Durchmesser von ca. 23m hatte eine solche Zufahrt nicht im Konzept.

Mit dem Vorhabensträger ist ein entsprechender städtebaulicher Vertrag (Durchführungsvertrag) gemäß BauGB und Kostenübernahme abzuschließen.

Das Verfahren nach § 30 BauGB i. V. m. §§ 11 und 12 BauGB ist durchzuführen.

Az.: 610
3.1; 3.2; 3.3; 3.4; 2.1

538 19 **Antrag der Blaskapelle Unterföhring e.V. auf Erhöhung der Kosten für den Dirigenten**

Dieser Tagesordnungspunkt ist zurückgestellt worden.

Restmüllentsorgung; Umlage der Kosten für die Sonderleerung von Restmülltonnen auf die Verursacher

Im Rahmen der Restmüllabfuhr werden gelegentlich Sonderentleerungen beantragt. Dabei sind zwei Fälle zu unterscheiden.

a) Eine Extratour zur Entleerung wird beantragt

Durch die Anfahrt zur Tonnenentleerung außerhalb des regulären Turnus fallen bei der Entsorgungsfirma zusätzliche Kosten an. Aus dem Grund hat der Umwelt- und Energieausschuss in seiner Sitzung vom 15.10.2009 beschlossen, dass dem Unternehmer diese Sonderleistung mit 35,70 € (30,00 € + 19% MwSt.= 5,70 €) pro Tonne vergütet wird. Der Beschluss wird bekannt gegeben. Seit dem 01.01.2010 werden diese zusätzlichen Kosten in die allgemeine Restmüllgebühr eingerechnet, folglich sind sie von allen Abfallverursachern zu bezahlen. Aufgrund des Verursacherprinzips und des Haushaltsgebotes der Umlage aller Kosten wird daher vorgeschlagen, die Kosten für die Sonderleerung der Mülltonnen in Höhe von 35,70 € pro Tonne zukünftig auf die Verursacher umzulegen und zusätzlich zu den anfallenden Leerungskosten zu berechnen.

35. Sitzung des Gemeinderates am 09.12.2010

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Leerungskosten pro Tonne:

Tonnengröße 60 l	3,70 €
Tonnengröße 80 l	5,00 €
Tonnengröße 120 l:	7,50 €
Tonnengröße 240 l:	15,00 €
Tonnengröße 360 l:	22,70 €
Tonnengröße 660 l:	41,50 €
Tonnengröße 1.100 l:	69,20 €

b) Bei der regulären Entsorgung werden zusätzliche Tonnen bereitgestellt

Manche Hausbesitzer (in erster Linie Hausverwaltungen) sind im Besitz von zusätzlichen Tonnen, die sie dann im Rahmen der regulären Hausmüllentsorgung zur Abfuhr bereitstellen, wenn mehr Müll als gewöhnlich angefallen ist. Bisher wurden für diese Zusatzleistung nur die regulär anfallenden Entleerungskosten berechnet.

Da sowohl im Umweltamt als auch in der Kämmerei Personalkosten für die Bearbeitung dieser Sonderleerungsanträge anfallen, wird vorgeschlagen, für die am Abfuhrtag zusätzlich bereitgestellten Tonnen zukünftig eine Gebühr in Höhe von 15,00 € zusätzlich zu den regulären Entleerungskosten zu berechnen.

539 19 Beschluss: 19 : 0

Aufgrund des Verursacherprinzips und des Haushaltsgebotes der Umlage aller Kosten wird für die Sonderleerung einer Restmülltonne außerhalb des regulären Turnus (Extratour) ab dem 01.01.2011 eine Gebühr in Höhe von 35,70 € zusätzlich zu den regulären Entleerungskosten berechnet.

Für eine am Abfuhrtag zusätzlich bereitgestellte Restmülltonne wird ab dem 01.01.2011 eine Gebühr in Höhe von 15,00 € zusätzlich zu den regulären Entleerungskosten berechnet.

Az.: 8041
2.1; 2.13; 3.30

Ziegeleigeschichte in der Gemeinde Unterföhring; Sachstandsbericht und weiteres Vorgehen

Der Gemeinderat hatte Frau Anita Kuisle beauftragt, die Ziegeleigeschichte des Ortes Unterföhring zu erforschen und zusammenzustellen. Ein entsprechender Auftrag wurde erteilt.

Frau Kuisle hat zwischenzeitlich dem 1. Bürgermeister und der Verwaltung bereits ein sehr umfassendes und interessantes Skript vorgestellt, das sehr professionell und zugleich sehr ansprechend wirkt.

Nun gilt es durch den Gemeinderat festzulegen, wie dieses Werk publiziert werden soll (z.B. durch die Gemeinde selbst, durch einen Verlag usw.) und in

35. Sitzung des Gemeinderates am 09.12.2010

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

welcher Anzahl. Ebenso stellt sich die Frage, ob das Werk als Reihe fortgesetzt wird, z.B. Band 1 Die Ziegeleigeschichte, Band 2 Die Mediengeschichte (beispielsweise im 2 Jahres-Rhythmus) usw. oder als Einzelwerk angeboten werden soll.

Frau Kuisle hat in der Gemeinderatsvorinformation am 06.12.2010 die verschiedenen Möglichkeiten zur Herausgabe, zum Druck, zum Vertrieb usw. an Hand einer Powerpoint-Präsentation vorgestellt.

In diesem Zusammenhang ist ebenso zu klären, ob eine begleitende Ausstellung zur Ziegeleigeschichte vorgegeben werden soll (Kosten ca. € 25.000,--)

Aus der Mitte des Gemeinderates wird angeregt, dass die Bücher zu einem guten Preis unter 20 Euro auch verkauft werden sollen sowie die Ausstellung evtl. auch an die Schule zur weiteren Verwendung oder als ständige Leihgabe zur Verfügung stehen sollte.

540 19 Beschluss: 19 : 0

Der Gemeinderat spricht sich, Bezug nehmend auf die Präsentation durch Frau Kuisle vom 06.12.2010, dafür aus, dass,

1. ein Buch (festgebunden) zu € 30.000,-- einschließlich bei einer Auflage von 1000 Bücher inklusive Lizenz zum Nachdruck,
2. eine Ausstellung und Präsentation zur Ziegeleigeschichte im Bürgerhaus mit Kosten von € 25.000,-- gewünscht wird.

Die Präsentation wird zum Bestandteil des Protokolls erklärt.
Entsprechende Haushaltsmittel werden für 2011 bewilligt.

- siehe Beilage -

Az.: 631
3.1; 3.4; 2.0

35. Sitzung des Gemeinderates am 09.12.2010

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Budgetvereinbarungen 2011 für die Kindertagesstätten als Ergänzung zum Trägerschaftsvertrag vom 01.03.2007, 01.12.2007 und 01.01.2009 mit der Arbeiterwohlfahrt Bezirksverband Oberbayern e. V.;
Änderung des bereits genehmigten Budgets 2011 für den Kinderhort

Der Bürgermeister verweist auf den GR-Beschluss vom 16.09.2010, Nr. 495, in dem der Gemeinderat das Budget 2011 für die Kindertagesstätten wie von der Arbeiterwohlfahrt beantragt, genehmigt hat.

Mit Schreiben vom 04.11.2010 legt die Arbeiterwohlfahrt einen geänderten Haushaltsentwurf 2011 mit Stellenplan für den Kinderhort vor.

Zur Begründung trägt sie vor, dass gegenüber dem ursprünglichen Haushaltsentwurf 2011 aufgrund der Erweiterung um 60 Plätze die zusätzlichen Fachkräfte (zwei Erzieherinnen und eine Kinderpflegerin in Vollzeit) sowie die zusätzliche Reinigungskraft in Teilzeit in den Haushaltsplan aufgenommen wurden. Zusätzlich wurde der Etat für das Verbrauchsmaterial sowie für das Spiel- und Bastelmaterial entsprechend angepasst.

Demnach werden die Personal- und Sachkosten, die übernommenen Elternbeiträge sowie die zu erwartenden vorläufigen Zuschüsse nach dem BayKiBiG für den Kinderhort wie folgt neu veranschlagt:

2011	Personal- und Sachkosten	Elternbeiträge	Zu erwartende Zuschüsse BayKiBiG
	.6780 €	.7180 €	.1710 €
Kinderhort 4643.	1.226.000	398.000	308.000

Von Gemeinderatsmitglied Frau Hoffmann wird angefragt, wie die Gewinn- und Verlustrechnung der Arbeiterwohlfahrt Bezirksverband Oberbayern e.V. aussehe. Der Vorsitzende teilt dazu mit, dass beabsichtigt sei, dies detailliert im Rahmen einer Finanzausschusssitzung (z. B. im Mai 2011) näher zu betrachten.

541 19 Beschluss: 19 : 0

Der Gemeinderat genehmigt das geänderte Budget 2011 für den Kinderhort wie von der Arbeiterwohlfahrt Bezirksverband Oberbayern e. V. beantragt.

Die Einnahmen und Ausgaben sind in folgender Höhe mit der Budgetvereinbarung zu unterzeichnen und in den Haushalt 2011 zu übernehmen:

2011	Ausgabe	Ausgabe	Einnahme
	.6780 €	.7180 €	.1710 €
Kinderhort 4643.	1.226.000	398.000	308.000

Az.: 423
2.1; 1.1

35. Sitzung des Gemeinderates am 09.12.2010

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Bekanntgaben und Anfragen

Mitteilungen des Ersten Bürgermeisters:

- ❖ Der Vorsitzende gibt bekannt, dass die SPD-Fraktion einen Antrag auf Änderung des Flächennutzungsplanes bezüglich Festlegung einer Fläche für einen Sportpark östlich des Etzweges eingereicht habe.
- ❖ Es wird mitgeteilt, dass die neu errichtete Urnenwand im Parkfriedhof am 07.12.2010 von den beiden Pfarrherren der katholischen und evangelischen Kirche eingeseignet wurde.
- ❖ Der Vorsitzende gibt das Schreiben des Vereins Mehr Spielraum für Kinder e.V. vom 08.12.2010, wonach sich der Verein für die positive Beschlussfassung des Gemeinderates sowie der Ausführung durch die Verwaltung bedankt.
- ❖ Weiter wird vom Vorsitzenden mitgeteilt, dass zahlreiche Dankesbriefe bezüglich der Weihnachtsspendung an Senioren und Schwerbehinderte eingegangen sind.
- ❖ Weiter wird das Schreiben des Kreisjugendrings München-Land vom 24.11.2010 zur Projektstelle Jugendfarm Unterföhring bekannt gegeben.
- ❖ Der Vorsitzende spricht den Artikel im Münchner Merkur vom 03.12.2010 an, wonach der Förderverein Soziale Dienste die Miete im Bürgerhaus kritisiert. Er erläutert anschließend seinen Leserbrief, den er im Anschluss daran an den Münchner Merkur gesandt hat.

Anfragen aus der Mitte des Gemeinderates

- ❖ Von Herrn Kemmelmeyer wird angefragt, ob es Neues zum Thema Müll aus Italien gäbe.
- ❖ Von Herrn Prieler wird angefragt, was der FSD bei der Beantragung der Räumlichkeiten im Bürgerhaus falsch gemacht hätte. Dies wird erläutert.
- ❖ Abschließend weist der Bürgermeister darauf hin, dass im Kinderhaus ein kleiner Brand stattgefunden habe, der jedoch glücklicherweise sofort gelöscht werden konnte.

Zum Schluss dankt der Vorsitzende für die gelungene Durchführung des Christkindmarktes auf dem neuen Marktplatz, sowohl bei den Vereinen und Organisationen als auch den Besuchern. Er wünscht den Mitgliedern des Gemeinderates aber auch den Zuhörern und der Presse ein frohes Weihnachtsfest sowie ein gutes Jahr 2011.

35. Sitzung des Gemeinderates am 09.12.2010

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Er schließt die öffentliche Sitzung um 21:05 Uhr.

Franz Schwarz
Erster Bürgermeister

Rosemarie Keil
Schriftführerin